A17

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 07.03.2025)

Titel: **Ombudsstrukturen stärken!**

Antragstext

Die Ombudsstellen von Bündnis 90/Die Grünen spielen eine zentrale Rolle in der Bearbeitung von Konflikten und Vorwürfen von sexualisierter Gewalt innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen. In Schleswig-Holstein haben wir uns mit dem Fürsorgekonzept auf den Weg gemacht, diese Struktur zu institutionalisieren und zu professionalisieren.
Als feministische Partei muss es unsere oberste Priorität sein, besonders innerhalb unserer eigenen Strukturen konsequent gegen patriarchale Gewalt vorzugehen.
Um sicherzustellen, dass Ombudsstellen ihrer Aufgabe gerecht werden, bedarf es einer strukturellen Überarbeitung und Weiterentwicklung. Da sich Betroffene möglicherweise nicht an die Ombudsstelle des Landes wenden, weil es eine unvermeidbare Nähe zu vermeintlichen Tätern gibt, setzen wir uns aus Schleswig-Holstein heraus für eine bundesweite Weiterentwicklung dieser wichtigen Anlaufstellen ein.

1. Verbesserte Datenerhebung zur Ombudsarbeit

Um fundierte Entscheidungen über die Weiterentwicklung der Ombudsstellen und präventiver Maßnahmen zu treffen, ist eine umfassende Datenerhebung erforderlich. Dabei sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Erhebung zu Art und Umfang von Verfahren, um strukturelle Herausforderungen zu identifizieren.

2. Erhebung zu den Erfahrungen von Betroffenen und Beschuldigten nach

Ombudsverfahren, um die Wirksamkeit der bestehenden Strukturen zu evaluieren.

3. Erfassung des Problems durch eine umfassende Befragung von Mitgliedern, Vorständen und Mitarbeitenden aller Ebenen sowie Abgeordnetenbüros, um ein vollständiges Bild der Herausforderungen zu erhalten.

2. Präventive Maßnahmen zur Verbesserung der Parteikultur

Eine Umfassende Datenerhebung ermöglicht es uns, unsere Präventiven Maßnahmen Zielgruppenorientiert zu etablieren. Um präventiv für ein gutes Miteinander frei von Diskriminierung und Übergriffen zu sorgen, braucht es:

2.1 Verpflichtende Sensibilisierungsschulungen mit Fokus auf Machtgefälle für alle Mandatierte, alle Personalverantwortlichen sowie Landes- und Bundesvorstände.
2.2 Maßnahmen zur Prävention weiterer Übergriffe durch bereits beschuldigte vermeintliche Täter, um Betroffene besser zu schützen.

2.3 Schulungen von Kreisvorständen zum Umgang mit betroffenen und den bestehenden Strukturen, um einen qualifizierten Erstkontakt sicherzustellen.

3. Grundrahmen für die Arbeit der Ombudsstellen

Um eine einheitliche und effiziente Ombudsarbeit sicherzustellen, braucht es verbindliche Standards und Richtlinien:

3.1 Definition der Aufgaben und Kompetenzen der Ombudsstellen in einer verbindlichen öffentlichen Satzung.
3.2 Ein grundlegender Fahrplan für die Verfahren, damit sowohl die Betroffenen als auch die Beschuldigten wissen, was sie erwartet.
3.3 Unabhängigkeit der Ombudspersonen durch klare Trennung von parteiinternen Hierarchien.
3.4 Sicherung der finanziellen und personellen Ressourcen bundesweit, um eine professionelle Arbeit in allen Landesverbänden zu gewährleisten.

Die Ombudsstellen von Bündnis 90/Die Grünen leisten bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbewältigung und zum Schutz vor Diskriminierung innerhalb der Partei. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Datenerhebung, zur

Prävention und zur Standardisierung der Ombudsarbeit sind essenziell, um ihre Wirksamkeit nachhaltig zu verbessern.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Wird nachgereicht.

Begründung

Die Ombudsstellen von Bündnis 90/Die Grünen sind wichtig für Konflikte und Fälle sexualisierter Gewalt innerhalb der Partei. Aber es gibt Schwachstellen, die dringend verbessert werden müssen. Mit mehr Mitgliedern steigt die Verantwortung, klare Strukturen und Schutzmechanismen bereitzustellen, um eine angenehme Parteikultur für alle zu schaffen.

Das können wir als Landesverband nicht allein schaffen. Die Ombudsstellen in den einzelnen Landesverbänden sind unterschiedlich. Einige haben feste Anlaufstellen, in anderen gibt es kaum Strukturen. Wir müssen sicherstellen, dass überall der Schutz vor sexualisierter Gewalt und die Bearbeitung von Vorwürfen gewährleistet ist.

Dafür brauchen wir Daten. Wir müssen herausfinden, wie viele Fälle es gibt, welche Herausforderungen auftreten und wie gut die bestehenden Strukturen funktionieren. Eine Erhebung hilft auch dabei, Maßnahmen zur Vorbeugung zu verbessern. Wir müssen wissen, wo die größten Probleme liegen. Dann können wir effektive Schulungen entwickeln. Und alle Ebenen der Partei können Verantwortung übernehmen, von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene.

Unterstützer*innen

Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg), Malena Trede (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg), Zoé Engel (KV Kiel), Melissa Sieber (KV Schleswig-Flensburg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Carola Köster (KV Schleswig-Flensburg), Lorenz Mayer (KV Segeberg), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Aksel Leimbach (KV Stormarn), Claudia Linker (KV Flensburg)